

Die Junge Akademie | Mainz

Mit der Jungen Akademie | Mainz hat die Akademie der Wissenschaften und der Literatur | Mainz ein neues Format gegründet: 36 Nachwuchswissenschaftler*innen sind in Anerkennung ihrer bisherigen herausragenden wissenschaftlichen und künstlerischen Leistungen für die Dauer von vier Jahren in die Junge Akademie aufgenommen worden. Die Mitgliedschaft in der Jungen Akademie unterstützt sie bei der Weiterverfolgung ihrer wissenschaftlichen Laufbahn und bietet ihnen die Möglichkeit, ihr wissenschaftliches Netzwerk unter dem Zeichen der Interdisziplinarität zu erweitern.

Die Mitglieder der Jungen Akademie werden außerdem bei der Gründung von Arbeitsgruppen unterstützt, die sich mit aktuellen Forschungsfragen aus interdisziplinärer Perspektive auseinandersetzen.

Die Junge Akademie | Mainz und ihre Aktivitäten werden von der Fritz Thyssen Stiftung finanziell unterstützt.



Das Max-Planck-Institut für europäische Rechtsgeschichte

Das Max-Planck-Institut für europäische Rechtsgeschichte ist bestrebt, durch theoretisch reflektierte historische Forschung zur Grundlagenforschung der Rechts- und Sozialwissenschaften sowie der Historischen Geisteswissenschaften beizutragen. Im Mittelpunkt der Forschung stehen historische Formen von Recht, seiner Konstitution, Legitimation, Transformation und Praxis. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Verortung von ›Recht‹ im Feld anderer normativer Ordnungen. Die globalhistorische Perspektivenbildung ergänzt und erweitert die Forschungstradition zur Rechtsgeschichte in Europa. Das Institut kann dabei an eine 50-jährige Geschichte anknüpfen.



Konzeption und Organisation des Symposiums:

Dr. Konrad Duden: duden@mpipriv.de
Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht, Junge Akademie | Mainz

Dr. Jasper Kunstreich: kunstreich@rg.mpg.de
Max-Planck-Institut für europäische Rechtsgeschichte

Dr. Astrid Séville: astrid.seville@gsi.uni-muenchen.de
Ludwig-Maximilians-Universität München
Junge Akademie | Mainz

Für weitere Informationen zur Jungen Akademie:
www.adwmainz.de/junge-akademie
junge.akademie@adwmainz.de

Für weitere Informationen zum MPI für europäische Rechtsgeschichte:
www.rg.mpg.de, ruether@rg.mpg.de

Um Anmeldung wird gebeten bis zum 12. November 2018 an das

Präsidialbüro
Akademie der Wissenschaften und der Literatur
Geschwister-Scholl-Straße 2, 55131 Mainz
T 061 31/577 (0)-201, F 061 31/577-206
veranstaltungen@adwmainz.de

Anfahrt über die A 60 von Frankfurt:

Abfahrt Mainz-Hechtsheim Ost, nach rechts abbiegen auf die Geschwister-Scholl-Straße Richtung Innenstadt, erste Kreuzung rechts in die Emy-Roeder-Straße einbiegen. Zwischen den Lärmschutzzäunen nach links abbiegen. Einfahrt zum Akademiegelände nach ca. 50 m links.

Straßenbahn ab Hauptbahnhof:

Linien 50, 52 oder 53 (Richtung Hechtsheim), Haltestelle Kurmainz-Kaserne/Akademie der Wissenschaften.

Das Symposium wird von der Walter und Sibylle Kalkhof-Rose-Stiftung freundlich unterstützt.

Foto: Jasper Kunstreich

09/18 0.7 xx

EINLADUNG

DER JUNGEN AKADEMIE | MAINZ

ZUM SYMPOSIUM

JUSTIZ MACHT POLITIK



**Wie unabhängig
ist die Justiz,
wie frei
der Gesetzgeber?**

Ein Symposium der
Jungen Akademie | Mainz
in Kooperation mit dem
Max-Planck-Institut
für europäische Rechtsgeschichte

27. November 2018, 10:15 Uhr

Akademie der Wissenschaften
und der Literatur
Geschwister-Scholl-Straße 2
55131 Mainz

Eintritt frei (um Anmeldung wird gebeten)

Thema

Die polnische PiS-Regierung macht es vor: Im Jahre 2017 entschied die rechtskonservative Regierung, mit einer umstrittenen Gerichtsreform politischen Einfluss auf die Besetzung von Richterstellen und auf das Oberste Gericht zu nehmen.

Die polnische Erfahrung reiht sich ein in eine Liste von Ländern, die sich in unterschiedlichen Geschwindigkeiten von den Konzepten der Gewaltenteilung und richterlichen Unabhängigkeit entfernen. Ungarn, die Türkei, Rumänien oder Venezuela sind weitere Beispiele. Kritik daran kommt unter anderem aus Deutschland und von den EU-Institutionen. Doch auch dort besteht der Vorwurf einer Politisierung der Rechtsprechung und – aus umgekehrter Perspektive – der Verrechtlichung von Politik. Immer wieder wird Bundesverfassungsgericht und Europäischem Gerichtshof nachgesagt, die Grenzen zwischen Recht und Politik zu überschreiten und sich in politische Grundsatzfragen einzumischen: Sei es zu den Grenzen der europäischen Integration, dem EZB-Rettungsprogramm oder der Verteilung von Flüchtlingen in der EU. Das Primat der Politik, so der Vorwurf, gehe verloren, wenn nur noch Gerichte entschieden. Höchste Zeit also, den Unterschied zwischen notwendigen politischen Auswirkungen (verfassungs-)gerichtlicher Entscheidungen einerseits und politischer Instrumentalisierung der Justiz andererseits zu verdeutlichen.

In dem eintägigen Symposium diskutieren Vertreter*innen aus Wissenschaft, Journalismus und Politik, wie viel Verrechtlichung der Politik, wie viel Politisierung der Justiz ein gewaltenteiliger Rechtsstaat verträgt und braucht.

Programm

- 10.15 h Anmeldung und Ankunft
- 10.45 h Eröffnung des Symposiums
Dr. Konrad Duden, Dr. Jasper Kunstreich, Dr. Astrid Séville
- 11.00 h **Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Michael Stolleis**
Politik und Justiz, oder: Politische Justiz.
Vier deutsche Beispiele
- 12.00 h **Prof Dr. Oliver Lepsius**
Das Bundesverfassungsgericht im Spannungsfeld von Recht und Politik
- 13.00 h *Imbiss*
- 14.00 h **Prof. Dr. Hans Vorländer**
Die Macht der Verfassungsgerichtsbarkeit
- 15.00 h **Prof. Dr. Tomasz Tadeusz Koncewicz**
Understanding the capture of the rule of law in Poland 2015-2018
- 16.00 h *Kaffeepause*
- 16.30 h **Keynote: BVRin Prof. Dr. Susanne Baer**
Gelebter Konstitutionalismus: Verfassungsgerichte in der Diskussion
- 17.30 h Podiumsdiskussion und Resümee mit
**BVRin Prof. Dr. Susanne Baer
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Jasper von Altenbockum**
Moderation: **Dr. Michaela Hailbronner
Dr. Jakob Schemmel**
- 19.00 h *Empfang*

Teilnehmer*innen

Jasper von Altenbockum Redakteur bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. 2001-2011 verantwortlich für die Nachrichtenredaktion. Seit 2011 verantwortlicher Redakteur für Innenpolitik.

Susanne Baer seit 2011 Richterin des Bundesverfassungsgerichts. Außerdem seit 2002 Professorin für öffentliches Recht und Geschlechterstudien an der Humboldt-Universität zu Berlin und Global Law Professor an der University of Michigan.

Konrad Duden Promotion an der Universität Heidelberg. Wiss. Referent am MPI für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg. Mitglied der Jungen Akademie | Mainz.

Michaela Hailbronner Promotion an der Yale Law School. Forschungsaufenthalte u.a. am MPI in Heidelberg. Wiss. Mitarbeiterin an der Universität Münster.

Tomasz Tadeusz Koncewicz Rechtsanwalt und Professor, Direktor des Instituts für Europarecht und Rechtsvergleichung an der Universität Gdansk. 2017-18 LAPA-Fellow Princeton University.

Jasper Kunstreich Promotion an der University of Oxford. Wiss. Mitarbeiter am MPI für europäische Rechtsgeschichte und Gastwissenschaftler am MPI für Wissenschaftsgeschichte.

Oliver Lepsius Professor für öffentliches Recht und Verfassungstheorie an der Universität Münster. Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Mitherausgeber des Jahrbuchs des öffentlichen Rechts und der Zeitschrift ›Der Staat.

Jakob Schemmel Promotion an der Bucerius Law School, Hamburg. Wiss. Mitarbeiter am Institut für Staatswissenschaft und Rechtsphilosophie der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger 1992-1996 und 2009-2013 Bundesjustizministerin, Rechtsanwältin. 1990-2013 Mitglied des Deutschen Bundestages. 2000 bis 2013 bayerische FDP-Landesvorsitzende.

Astrid Séville Promotion an der LMU München. Deutscher Studienpreis der Körber-Stiftung 2016. Mitglied der Jungen Akademie | Mainz.

Michael Stolleis em. Professor für Öffentliches Recht und Neuere Rechtsgeschichte. Direktor des MPI für europäische Rechtsgeschichte i.R. Mitglied u.a. der Akademie der Wissenschaften und der Literatur | Mainz.

Hans Vorländer Professor für Politische Theorie und Ideengeschichte an der TU Dresden. Gründer und Direktor des Zentrums für Verfassungs- und Demokratieforschung sowie des Mercator Forums Migration und Demokratie.